

Mutig gegen Unrecht und Unterdrückung

Frauenwiderstand gegen die Gewaltherrschaft im Iran

Die Menschen im Iran wehren sich mit einer großen Protestbewegung gegen das islamistische Regime. Sie nutzen jede Gelegenheit, um im Internet oder mit Kundgebungen und Streiks gegen die Diktatur zu protestieren und ihre Rechte zu fordern. Trotz massiver Unterdrückung und Corona-Pandemie war die Bewegung im Laufe des Jahres 2021 im ganzen Iran aktiv.



Bei allen Bürgerprotesten für Freiheit und soziale Gerechtigkeit stehen Frauen mutig in vorderster Reihe, obwohl sie brutalste Gewalt vonseiten der Regimetruppen erwartet. In der iranischen Menschenrechtsbewegung spielen Frauen eine führende Rolle. Sie verbinden diesen Einsatz mit ihrem Kampf für Gleichberechtigung und gegen die frauenfeindlichen Gesetze des Regimes.

Aufruf zu Solidarität mit Frauenrechtlerinnen

Die Weltgemeinschaft muss sich nachdrücklich für die Frauen einsetzen, die im Iran verfolgt werden, weil sie für Gleichberechtigung und gegen die Unterdrückung eintreten. Der internationale öffentliche Druck muss erheblich zunehmen, um die Verfolgung von Frauenrechtlerinnen zu stoppen und die Freilassung von Gefangenen zu erreichen. Die Proteste der iranischen Frauen für Freiheit und Gleichberechtigung müssen weltweit unterstützt werden.

Menschenrechtsarbeit hat Erfolg:

Der Deutsche Bundestag fordert den Schutz von Frauen und Mädchen im Iran vor Gewalt



In einem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 25. Juni 2021 heißt es zur Lage der Frauen im Iran:

„Frauen und Mädchen sind in rechtlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Weise stark eingeschränkt und werden in vielen Bereichen des Lebens unterdrückt, entrechtet und entwürdigt. ... Behörden gehen erbittert gegen Frauenrechtlerinnen vor, die sich gegen den diskriminierenden Kopftuchzwang engagieren. Sie werden häufig mit Peitschenhieben oder mehrjähriger Haft bestraft, die sie in überfüllten und unhygienischen Gefängnissen verbringen müssen, in denen ihnen jede medizinische Versorgung verweigert wird. ... Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, Iran aufzufordern, die Diskriminierung von Frauen und Mädchen, insbesondere die systematische Verfolgung von Frauenrechtlerinnen, einzustellen und angemessene und wirkungsvolle Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt zu ergreifen.“

Beim Fundamentalismus geht es nicht um Religion, sondern um Macht

Yakin Ertürk, Professorin für Soziologie, Frauenrechtsexpertin und ehem. UN-Sonderberichterstatterin zum Thema Gewalt gegen Frauen:



„Wir müssen wachsam sein und auf alle Arten von Übergriffen auf das Leben von Frauen und auf Grundrechte und Grundfreiheiten reagieren!“

Bei meinem Iran-Besuch hatte ich Gelegenheit, mit Opfern von Gewalt und vielen jungen Frauen zu sprechen, denen im Teheraner Evin-Gefängnis die Hinrichtung bevorstand. Das war eine Erfahrung, die ich nie vergessen werde.

Den Fundamentalisten geht es darum, Frauen daran zu hindern, die Herrschaft über ihr eigenes Leben und ihren eigenen Körper zu gewinnen, und dies geschieht über Repression.

Wir machen einen Fehler, wenn wir uns im Umgang mit religiös-fundamentalistischen Bewegungen in die Falle einer religiösen Debatte ziehen lassen. Wir dürfen nicht vergessen: Beim Fundamentalismus geht es nicht um Religion, sondern um Macht. Wir sollten mit allem Nachdruck dafür eintreten, dass die internationalen Standards für Frauenrechte überall eingehalten werden.“

Mütter im Iran: Wir verlangen Gerechtigkeit für unsere getöteten Kinder!

Im Iran schließen sich immer mehr Mütter zusammen, deren Töchter oder Söhne bei Bürgerprotesten gegen die Diktatur getötet wurden. Mit Mahnwachen und Internet-Protesten fordern sie, dass die verantwortlichen Regime-Funktionäre für die Massaker an friedlichen Demonstranten zur Rechenschaft gezogen werden. Mit großem Mut setzen sie ihren Einsatz fort, obwohl sie immer wieder Repressalien ausgesetzt sind.



Iranerinnen setzen sich für internationale Strafverfahren gegen das Teheraner Regime ein

In den letzten Jahrzehnten hat die Diktatur im Iran zehntausende politische Gefangene hinrichten lassen. Systematische Massentötungen von Oppositionellen sind Völkerrechtsverbrechen. Nach dem Weltrechtsprinzip ist es möglich, die Täter überall auf der Welt strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Exiliranerinnen setzen sich dafür ein, dass internationale Strafverfahren gegen die Machthaber im Iran wegen ihrer Beteiligung an diesen Völkerrechtsverbrechen eingeleitet werden, darunter auch gegen den Regime-Präsidenten Ebrahim Raisi. Die Straflosigkeit muss ein Ende haben, damit die Achtung der Menschenrechte durchgesetzt werden kann.



IRAN - Verfolgung stoppen! Gefangene freilassen!

Menschenrechtsaktivistinnen und Frauenrechtlerinnen brauchen Schutz

Die Diktatur im Iran demonstriert ihre extreme Frauenfeindlichkeit, indem sie friedliche Proteste für Frauenrechte gewaltsam unterdrückt. Aktivistinnen, die sich gegen die Diskriminierung und den Schleierzwang auflehnen, werden brutal verfolgt und bestraft. Die Regime-Justiz agiert als Unterdrückungsinstrument und geht mit äußerster Härte gegen Frauenrechtlerinnen vor. Frauen, die an der landesweiten Protestbewegung für Freiheit, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit mitwirken, werden festgenommen, gefoltert und zu langen Gefängnisstrafen verurteilt.

Unter dem seit August 2021 amtierenden Regime-Präsidenten Ebrahim Raisi nimmt die Repression weiter zu. Raisi ist seit Jahrzehnten an der Unterdrückung von regimekritischen Stimmen beteiligt. In den 1980er Jahren spielte er eine entscheidende Rolle bei Massenhinrichtungen von politischen Gefangenen.

Einsatz für Freiheit mit dem Leben bezahlt



Tausende Frauen wurden seit der Machtübernahme der Diktatur im Iran hingerichtet. Mit den Massentötungen von Oppositionellen hat das Regime Völkerrechtsverbrechen begangen.



Im November 2019 gab es im ganzen Iran Massenproteste gegen die Diktatur. Das Regime reagierte mit Massakern an friedlichen Demonstranten. Unter den Toten und Verletzten waren hunderte Frauen. (im Bild einige der getöteten Demonstrantinnen)

Weltweit schlimmste Hinrichtungsbilanz: Regime im Iran für die meisten Hinrichtungen von Frauen verantwortlich

In keinem anderen Land werden so viele Frauen hingerichtet wie im Iran. Nach den Regime-Gesetzen können selbst neunjährige Mädchen zum Tode verurteilt werden. Oft werden Frauen mit der Hinrichtung bestraft, nachdem sie durch Folter zu falschen Geständnissen gezwungen wurden. Es sind ausschließlich Männer, die die Todesurteile über sie fällen. Zahlreiche inhaftierte Frauen sind im Iran in akuter Hinrichtungsgefahr.

Frauenrechtlerinnen im Gefängnis misshandelt und ohne medizinische Hilfe

Die 23-jährige Saba Kord-Afshari und ihre Mutter Raheleh Ahmadi setzen sich für Frauenrechte und gegen den Schleierzwang ein. Dafür wurden sie mit langjähriger Haft bestraft. Saba Kord-Afshari ist seit Dezember 2020 im berüchtigten Gharachak-Frauengefängnis inhaftiert, wo sie gewaltsamen Übergriffen ausgesetzt ist. Im Teheraner Evin-Gefängnis leidet ihre Mutter an einer schweren Wirbelsäulen-Erkrankung. Obwohl bleibende Lähmungen zu befürchten sind, wird ihr die notwendige medizinische Versorgung verweigert.



Christinnen in Bedrängnis, weil sie das Recht auf Religionsfreiheit verteidigen

In Teheran wurden Mina Khajavi (Bild links) und Sonya Sadegh im Oktober 2021 von der Regime-Justiz angeklagt, weil sie den christlichen Glauben angenommen haben. Ihnen drohen langjährige Haftstrafen, weil sie an Treffen von Hausgemeinden teilgenommen und das Evangelium verbreitet haben. Die 58-jährige Mina Khajavi wurde in der Haft gezwungen, ein „Geständnis“ zu unterschreiben, das ihr von Regime-Gardisten diktiert wurde.



Lehrerinnen werden bestraft, weil sie sich für soziale Gerechtigkeit und Frauenrechte einsetzen

Die Lehrerin Nosrat Beheshti ist seit August 2021 im Gefängnis der nordostiranischen Stadt Mashhad in Haft, weil sie sich an Kundgebungen von Lehrerinnen und Lehrern beteiligt hat, die soziale Gerechtigkeit und das Ende der Unterdrückung an den Schulen fordern.



In Teheran hat die Regime-Justiz die Lehrerin Mahboubeh Farahzadi im Oktober 2021 mit einem Verbot sozialer Aktivitäten bestraft. Wegen ihres Einsatzes für die Rechte von Lehrerinnen darf sie zwei Jahre lang an keinen Versammlungen oder Kundgebungen mehr teilnehmen. Sie wurde bereits mehrmals verhaftet, weil sie sich für die Gleichberechtigung der Frauen engagiert.



Menschenrechtsverein für Migranten e.V. www.menschenrechtsverein.org

Postanschrift: Postfach 102240 52022 Aachen
Telefon / Fax: 0241-5153504
Spendenkonto: IBAN: DE07391629801631059011
BIC: GENODED1WUR VR-Bank eG
Spenden sind steuerlich absetzbar.
November 2021





IRAN - Gewalt gegen Frauen stoppen! Frauenfeindliche Gesetze des Regimes fördern Straflosigkeit der Täter

Die Teheraner Diktatur verfügt über einen ganzen Gesetzeskatalog, der den Zweck hat, die patriarchalischen Machtverhältnisse innerhalb der Familien und der Gesellschaft zu festigen. Diese zutiefst frauenfeindlichen Gesetze fördern Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Es gibt im Iran keinen Schutz für Frauen vor sexualisierter und anderer geschlechtsspezifischer Gewalt. „Ehrenmorde“, Kindesmissbrauch, Vergewaltigung in der Ehe und andere häusliche Gewalt werden verharmlost, und die Opfer werden zusätzlich noch drangsaliert. Stattdessen können die Täter mit weitgehender Straflosigkeit rechnen.



Die 14-jährige Schülerin Romina Ashrafi wurde im Mai 2020 im Nordiran von ihrem Vater mit einer Sichel enthauptet. Ihr Vater fühlte sich in seiner Ehre gekränkt, weil Romina sich verliebt hatte. Im Iran und weltweit waren Menschen bestürzt über den Mord an der Schülerin.

20% aller Mordfälle im Iran sind sog. „Ehrenmorde“ an Frauen und Mädchen

Täglich fallen Frauen und Mädchen im Iran sog. „Ehrenmorden“ zum Opfer. Die Gesetze des Regimes sehen bei vermeintlich „im Namen der Ehre“ begangenen Mord an Töchtern, Ehefrauen oder Schwestern lediglich eine finanzielle Entschädigungszahlung vor. In seltenen Fällen kommt es zu geringfügigen Gefängnisstrafen. Das Strafmaß hängt von der Entscheidung der Richter ab, die ausnahmslos Männer sind. So fallen die Urteile in der Regel milde aus.

Die 56-jährige Ashraf Sadat Hosseini wurde im Dezember 2020 in Teheran von ihrem Ehemann mit einer Machete angegriffen und lebensgefährlich verletzt. Sie hatte sich bereits mehrfach wegen der Gewalttätigkeit ihres Mannes an die Polizei gewandt, die jedoch untätig blieb.



Gewalt in der Ehe nicht strafbar

Im Iran gibt es keine spezifischen Gesetze, die die Vergewaltigung in der Ehe oder häusliche Gewalt unter Strafe stellen. Wenn Frauen, die Opfer von Gewalt in der Ehe werden, Anzeige erstatten, müssen sie zwei erwachsene männliche Zeugen vorweisen und andere Erfordernisse zur Beweiserbringung erfüllen. Die Opfer werden unter Druck gesetzt, sich mit den Tätern zu „versöhnen“ und gewalttätige Beziehungen nicht zu beenden. Wenn Frauen die Ehe wegen häuslicher Gewalt beenden wollen, müssen sie nachweisen, dass die erlittenen Misshandlungen unerträglich waren. Tausende Frauen werden im Iran täglich Opfer von häuslicher Gewalt. Mädchen unter 15 Jahren, die zwangsverheiratet wurden, sind besonders betroffen.

Kindesmissbrauch durch erzwungene Frühehen

Zwangsverheiratungen von minderjährigen Mädchen nehmen zu. Die Gesetze des Regimes erlauben, dass Mädchen ab dem 13. Lebensjahr verheiratet werden können. Die Eheschließung ist sogar ab dem 9. Lebensjahr möglich, wenn ein Richter die sog. „Heiratsreife“ bestätigt.



Offiziellen Statistiken zufolge wurden im Jahre 2020 mehr als 31300 Verheiratungen von Mädchen im Alter von 10 bis 14 Jahren im Iran registriert. Die Dunkelziffer ist weitaus höher. In den Monaten April bis September 2021 wurden nach amtlichen Angaben 791 Kinder im Iran geboren, deren Mütter unter 15 Jahre alt waren. Im gleichen Zeitraum wurden über 36500 Kinder geboren, deren Mütter im Alter von 15 bis 19 Jahren waren.

Gewaltsam durchgesetzter Schleierzwang

Im Iran ist gesetzlich vorgeschrieben, dass alle Frauen und Mädchen ab neun Jahren in der Öffentlichkeit ein Kopftuch sowie lange, weite Kleidung tragen müssen, um Haare und Körperkonturen zu verbergen.



Aufgrund dieses Zwanges stehen Millionen Frauen täglich im Visier der sog. „Sittenpolizei“ und sind Schikanen, Gewalt und Inhaftierungen ausgesetzt.

Nach dem Völkerrecht verstößt der Schleierzwang gegen grundlegende Menschenrechte, u.a. gegen die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit sowie auf Privatsphäre von Frauen und Mädchen.

Unter dem Teheraner Regime wird der Zwang zur Bedeckung des Haars von Frauen und Mädchen auf gewaltsame und demütigende Weise mit Festnahmen und Bestrafungen durchgesetzt. Dies verletzt die Würde von Frauen und Mädchen und stellt eine grausame und erniedrigende Behandlung dar, die nach dem Völkerrecht grundsätzlich verboten ist und der Folter gleichkommt.

Extreme Diskriminierung in allen Lebensbereichen

Die Diskriminierung der Frauen im Iran ist in allen Lebensbereichen umfassend und systematisch. Frauen haben per Gesetz nicht die gleichen Rechte wie die Männer und werden vor Gericht nicht gleichbehandelt. Diskriminierungen bestehen besonders beim Strafrecht, Zeugenrecht, Ehe- und Scheidungsrecht sowie beim Sorgerecht.

Mädchen sind schon ab neun Jahren strafmündig, Jungen erst ab fünfzehn. Vor Gericht zählt die Aussage einer Frau nur halb so viel wie die eines Mannes. Teilweise werden weibliche Zeugen vor Gericht gar nicht zugelassen. Auch im islamistischen „Vergeltungsrecht“ haben Leben und Gesundheit von Frauen nur den halben Wert.

Die frauenfeindlichen Gesetze stellen schwerste Verletzungen der Menschenrechte dar. Die Weltgemeinschaft muss dringend handeln, um die Gewalt gegen Frauen und Mädchen im Iran zu stoppen!